

Antrag

des Abgeordneten Ströbele und der Fraktion DIE GRÜNEN

Pläne der Bundesregierung, ein „Deutsches Historisches Museum“ in Berlin und ein „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn zu errichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit dem beabsichtigten Bau eines Hauses der Geschichte in Bonn und eines „Deutschen Historischen Museums“ in Berlin unternimmt die Bundesregierung den Versuch, regierungsamtlich Geschichte festzuschreiben und Geschichte, den aktuellen politischen Machtverhältnissen entsprechend, verbindlich zu interpretieren und so für den politischen Tagesgebrauch herzurichten.
2. Die Errichtung eines „Deutschen Historischen Museums“ in Berlin-West gegenüber dem Reichstag an der geplanten Nord-Süd-Achse ist der Versuch, die „Reichshauptstadt“ Berlin für ein vereinigtes Deutschland wieder aufzuwerten und Kontinuitäten zu konstruieren, in denen der Nationalsozialismus zu einem bedauerlichen Unfall einer nun lang genug beschimpften Verbrecherbande erklärt wird, der aber mit den unvergänglichen Werten deutsch-nationaler Geschichte nichts zu tun hat. Das Museum soll dazu beitragen – identitätsstiftend – an diese deutsche National-Geschichte anzuknüpfen.
3. Mit den Museen in Berlin und Bonn baut die Bundesregierung Tempel für ihre Ideologie und Selbstdarstellung, vergleichbar den Pyramiden der Pharaonen im alten Ägypten. Die postmodernen Architekten sollen die demonstrative Hülle, die beamteten konservativen Staatshistoriker, die Herren Hildebrandt, Möller, Siedler u. a., müssen die Inhalte erfinden.
4. Beide Projekte wurden von der Bundesregierung wie selbstverständlich im Stile feudaler Fürsten vorangetrieben – so soll der Bundeskanzler von der Freitreppe des Deutschen Reichstages mit ausgestrecktem Arm auf den Platz gegenüber gezeigt und ausgerufen haben: „Hier soll das Deutsche Museum hin“ – ohne im Parlament vorher die Diskussion zu suchen.

Für das Haus der Geschichte in Bonn wurde vor kurzem ein Stiftungsmodell, vergleichbar dem der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, beschlossen sowie ein Ideenwettbewerb für Architekten ausgeschrieben und Preisrichter benannt.

5. Für das Historische Museum in Berlin läuft bereits ein öffentlicher Wettbewerb, und 265 Mio. DM sind in den Bundeshaushalt 1986 eingestellt. Die Bundesregierung versucht auf diese Weise Fakten zu schaffen, die in einer späteren Beratung des Deutschen Bundestages nicht mehr berichtigt werden können.
6. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Errichtung der beiden Museen verstößt gegen die grundgesetzlich vorgegebene zwingende Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Der Bund hat auch keine ungeschriebene Kompetenz im Kulturbereich aufgrund Sachzusammenhanges oder aus der Natur der Sache.

- II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Planungen, Wettbewerbe und die Arbeit aller Kommissionen und Stiftungen zur Vorbereitung der Gründung eines Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie eines „Deutschen Historischen Museums“ in Berlin einzustellen.

Der Deutsche Bundestag wird eine ausführliche Debatte und zuvor eine öffentliche Anhörung in den zuständigen Ausschüssen durchführen über Sinn und Zweck der geplanten Museen, über das Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik sowie über die öffentliche Förderung für eine Geschichtsforschung, die ausdrücklich die Geschichtsschreibung des ganzen Volkes – Herrschende und Beherrschte – ist.

Nach einer so eingeleiteten breiten öffentlich geführten Diskussion wird der Deutsche Bundestag entscheiden, wo, was, wer an Geschichtsdarstellung in der Bundesrepublik Deutschland aus öffentlichen Mitteln gefördert werden soll.

Bonn, den 24. April 1986

Ströbele

Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion

Begründung

1. „In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von Neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen ...

Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.“
(Walter Benjamin, Thesen über den Begriff der Geschichte)

Mit seinen Thesen von der Gnade der späten Geburt bei seinem Besuch in Israel, seinem Besuch mit dem US-Präsi-

ten in Bitburg und der dauernden Beschwörung von Anstand und Moral, seinen Plänen für ein Mahnmal in Bonn, das die gefallenen Täter ehrt und damit deren Opfer verhöhnt, wenn Opfer und Täter gemeinsam zu „unseren Toten aller Kriege“ erklärt werden, und eben auch mit seinen Plänen für die Historischen Museen in Bonn und Berlin bringt sich der Bundeskanzler selbst in die Gesellschaft dieser von Benjamin so zutreffend gekennzeichneten „Feinde“. Bundeskanzler und Bundesregierung wollen mit den hier aufgezählten, nur scheinbar zusammenhängenden Aktivitäten, die durch die Schuld des ganzen deutschen Volkes zerbrochene deutsche Geschichte, kitten, reparieren, alte „nationale“ Kontinuitäten wiederherstellen.

Vor diesen Wünschen nach Kontinuität aber steht wie ein unüberwindlicher Abgrund die Barbarei des „Dritten Reiches“.

Wer diesen Abgrund, diesen historischen Bruch der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 nicht zum Ausgangspunkt jeder Regierungspolitik macht, belegt, daß er die alte aggressive, nationale und chauvinistische deutsche Melodie wieder anstimmen will. In den Museen in Berlin und Bonn sollen die Bürger und Bürgerinnen das Singen dieser Melodie lernen.

2. Die etablierte Geschichtsschreibung als Instrument von Regierungspolitik

Die deutschen Historiker sind bis auf wenige Ausnahmen auf eine einseitige Auffassung von Geschichte fixiert. Die Geschichtsschreibung, fast ohnehin nur orientiert am Wirken der Sieger, klebt an Institutionen, Organisationen und Schlachten, Kriegen und Dokumenten der offiziellen Politik. Das lebendige Moment hingegen – seien es bestimmte soziale Bewegungen, populistische Strömungen oder mündliche Überlieferungen – wird vernachlässigt.

Das Bild, das sich so als Geschichte ergibt, ist ein statisches Hintereinander unterschiedlicher Entscheidungsakte und ausgewählter Ergebnisse, deren Entwicklungszusammenhänge kaum dem tatsächlichen Geschehen entsprechend nachvollzogen werden können.

Was fehlt, ist die Möglichkeit, jene historischen Kräfte zu begreifen, die hinter den institutionellen Manifestationen wirken, sie politisch bestimmen, ohne in ihnen unmittelbar Ausdruck zu finden.

So wird die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fast ausnahmslos in einer reduzierten Weise dargestellt, in der gesellschaftliche Konflikte kaum anders, denn als Randerscheinungen eines ansonsten vom Volk unbeeinflussten Staatswesens in Erscheinung treten können. Auf ein dürres Skelett von Parteien und Parlamenten, Kirchen und Verbänden, Staat und Regierungen heruntergezogen bleibt die sozialökonomische Dynamik, die diese Institutionen politisch bestimmen, völlig unberücksichtigt.

Aber spätestens seit dem eruptiven Aufbruch der Studentenbewegung ist das politische Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland stark von heterogenen, aber bedeutenden sozialen Protesten beeinflusst worden; die Kampagne in den 50er Jahren gegen die Wiederbewaffnung und der Widerstand gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren oder die rasch wachsenden Bürgerinitiativen der 70er Jahre – die Frauen –, die Ökologie – und die gleichsam alle übergreifende Friedensbewegung, sie alle sind lebendiger Ausdruck von Interessen, die in den etablierten Institutionen nicht vorkamen, in der offiziellen Politik keinen Ausdruck fanden und auch im Deutschen Bundestag erst verbalisiert wurden, als die Fraktion DIE GRÜNEN dort Einzug hielt.

Die offizielle Geschichtsschreibung zeichnet sich durch das Vergessen aller oppositionellen, antiinstitutionellen Gegenbewegungen aus. Geschichtsschreibung ist auch heute im wesentlichen nur die Darstellung der Siege der „Mächtigen“.

Ebenso wie die politisch besonders produktiven Kräfte der sozialen Bewegungen aus der offiziellen Politik ferngehalten wurden und mit staatlichen Mitteln versucht wurde, sie auszugrenzen, so ist zu befürchten, daß sie auch in der offiziellen Geschichtsschreibung in den neuen Museen einfach ignoriert und auf die Rolle von bloßen Problemindikatoren reduziert werden. Mit Geschichte und Geschichtsdarstellung ist in der Vergangenheit zu oft schon Politik, nämlich die Politik der Mächtigen im Staat, der Herrschenden, gemacht worden. Deshalb darf die Geschichtsauslegung keine Aufgabe des Staates, das hieße in der Bundesrepublik Deutschland immer nur der sogenannten Volksparteien, sein. Sie muß unabhängigen Kräften vorbehalten werden, die sich nicht der instrumentellen Logik von Partei oder Staatsapparaten unterwerfen. Nur dann böte auch ein institutionalisiertes Gedächtnis die Chance, dem Geschehen der Vergangenheit nicht nur so zu gedenken, wie es allein dem Bild der realpolitischen Sieger, der Herrschenden, entspricht.

Was Geschichtsschreibung und Geschichtsdarstellung in der Bundesrepublik Deutschland sein soll, welcher Begriff von Geschichte staatlicher Politik und Förderung zugrunde liegen soll, ob die jeweilige Regierung sich Tempel, in denen ihre Klugheit und Größe gefeiert wird, errichten darf, das ist der ganzen Bevölkerung, der politischen Öffentlichkeit aller Menschen in der Bundesrepublik Deutschland geschuldet. Das Parlament muß – wenn es überhaupt eine Funktion haben soll – diese Fragen ausführlich debattieren, öffentlichen Streit über diese Fragen anregen und erst dann Entscheidungen fällen. Daß die Bundesregierung versucht, diese Debatte zu vermeiden oder erst dann zu führen, wenn alle wesentlichen Entscheidungen getroffen worden sind, zeigt sich auch daran, daß sie die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN zu Fragen der Kulturpolitik in Berlin, die sich mit der Museumsgründung in Berlin auseinandersetzt, nicht vor der Sommerpause beantworten will.